



zukunftsforum
familie e.v.

Sachbericht zur Vorlage im BMFSFJ

Zuwendungszeitraum 03-12/2021 und 01-02/2022

Zukunftsforum Familie e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin
Tel.: 030 2592728-20
Fax: 030 2592728-60

info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

I. Ziele und Schwerpunkte im Jahr 2021

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) hat sich auch im Jahr 2021 seinen Zielen entsprechend für eine solidarische, demokratische, kindbezogene und geschlechtergerechte Familienpolitik eingesetzt, welche sich als politische Querschnittsaufgabe versteht. Mitglieder, Vorstand und Geschäftsstelle hatten dabei insbesondere folgende Schwerpunkte im Blick:

A. Thematische Schwerpunkte

1. Begleitung des Bundestagswahlkampfes unter dem Motto „Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“
2. Kinder- und Familienarmut im Blick: Mitarbeit bei der Nationalen Armutskonferenz, dem Ratsschlag Kinderarmut und dem Bündnis Kindergrundsicherung
3. Debatte um die Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts
4. Fachtagung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“
5. Positionspapier „Familie braucht ein Zuhause. Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen!“

B. Innerverbandliche Weiterentwicklung:

6. Mitgliederbetreuung
7. Personalentwicklung
8. Umbau der Website
9. Eintragung im Lobbyregister

C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

10. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
11. Austausch mit politischen Akteur*innen
12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“
13. Verbandszeitschrift „vielfalt familie“
14. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

D. Weitere Aktivitäten

15. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen
16. Teilnahme an Veranstaltungen

II. Aktivitäten im Jahr 2021 zur Umsetzung der Ziele

Zur Umsetzung der Ziele hat das ZFF diverse Strategien verfolgt:

- Der intensive **Austausch mit den Mitgliedern** des ZFF hat die inhaltliche Arbeit geschärft, Positionen verbessert und die Mitgliederbindung erhöht.
- Durch die Mitarbeit in **Bündnissen, Fachausschüssen, Arbeitskreisen, Arbeitsgruppen und den engen Austausch mit weiteren Familien- und Sozialverbänden** konnten Ansätze breit diskutiert und weiteres Wissen aufgebaut werden.
- Inhaltliche Positionierungen in Form von **Stellungnahmen** und **Positionspapieren** haben das ZFF in den thematischen Feldern eindeutig verortet und als Gesprächspartner für Politik, Fachöffentlichkeit und Mitglieder weiter qualifiziert.
- **Fachgespräche** haben dazu beigetragen, Wissen aufzubauen und politische Handlungsansätze in der Fachöffentlichkeit zu diskutieren.
- Die regelmäßige **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** hat inhaltliche Einschätzungen und langfristige Positionierungen des ZFF in eine breite Öffentlichkeit gestreut.
- Der regelmäßig erscheinende **Newsletter „ZFF-Info“** hat Mitglieder, politische Entscheidungsträger*innen und Fachöffentlichkeit über aktuelle familienpolitische Entwicklungen informiert und das ZFF als Akteur sichtbar gehalten.

Die Aktivitäten waren im Einzelnen:

A. Thematische Schwerpunkte

1. Begleitung des Bundestagswahlkampfes unter dem Motto „Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“

Unter dem Motto „Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“ begleitete das ZFF den Wahlkampf und brachte sich mit seinen Ideen zu einer solidarischen und geschlechtergerechten Familienpolitik in die politischen Debatten ein. In unserer Verbandszeitschrift „vielfalt familie“ haben wir die Wahlprogramme der einzelnen Parteien analysiert und die familienpolitischen Sprecher*innen zu Wort kommen lassen. Im Nachgang der Bundestagswahl haben wir im Forderungspapier „Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“ Forderungen für die laufende Legislaturperiode veröffentlicht. Im Januar 2022 haben wir eine ausführliche Stellungnahme zum Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP veröffentlicht. Diese kann auf unserer Homepage heruntergeladen werden.

2. Kinder- und Familienarmut im Blick: Mitarbeit bei der Nationalen Armutskonferenz, dem Ratschlag Kinderarmut und dem Bündnis Kindergrundsicherung

Die Bekämpfung von Kinderarmut ist ein zentrales Anliegen des ZFF. So haben wir im Rahmen unserer Federführung im **Ratschlag Kinderarmut**, dem aktuell größten zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss gegen Kinderarmut in Deutschland, kurz nach der Bundestagswahl die gemeinsame Erklärung „Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!“ veröffentlicht. In einer begleitenden Social-Media-Kampagne haben wir unter dem Hashtag #4JahreGegenKinderarmut regelmäßig SharePics geteilt, um auf die verschiedenen Dimensionen von Kinderarmut hinzuweisen und die Politik aufzufordern, diese nachhaltig zu bekämpfen.

Im Rahmen des **Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG** haben wir die Forderung nach der Einführung einer Kindergrundsicherung im Laufe des Jahres 2021 immer wieder presseöffentlich bekräftigt und eine sozial gerechte und existenzsichernde Ausgestaltung angemahnt. So haben wir im August die gemeinsame Erklärung „Gemeinsam gegen Kinderarmut: EINE für ALLE – Kindergrundsicherung jetzt!“ veröffentlicht und sind damit auf große Resonanz in den Medien gestoßen. Auch fachlich haben wir uns intensiv mit der Weiterentwicklung des Kindergrundsicherungsmodells beschäftigt. So haben wir im Rahmen des Bündnisses gemeinsam mit dem Deutsche Bundesjugendring den Workshop „Wie passen Ausbildungsförderung und Kindergrundsicherung zusammen?“ veranstaltet. Dieser beleuchtete die Ausgestaltung von Schnittstellen zwischen einer Kindergrundsicherung und der Ausbildungsförderung in Bezug auf die Existenzsicherung junger Erwachsener und traf auf große Resonanz in der Fachwelt. Des Weiteren hat sich das ZFF intensiv an Diskussionsprozessen innerhalb des Bündnisses rund um die Schnittstellen von Kindergrundsicherung zum Unterhaltsrecht beteiligt.

In der **Nationalen Armutskonferenz (nak)** war das ZFF maßgeblich an einem internen Reformprozess beteiligt, der dazu beitragen soll, dieses wichtige Gremium dauerhaft handlungsfähig zu machen. Der ZFF-Geschäftsführer leitete den internen Prozess der Organisationsentwicklung. Im Rahmen seiner Mitarbeit in der AWO-Delegation der nak entwickelte das ZFF einen Antrag für die künftige Geschäftsordnung der nak, die bei der Delegiertenversammlung im Dezember 2021 mehrheitlich beschlossen wurde.

3. Debatte um die Reform des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrechts

Seit Jahren werden Reformen des Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht diskutiert, Rechtsgebiete, die angesichts gesellschaftlicher Veränderungen dringend angepasst werden müssen. Im Mai 2021 veranstaltete das ZFF gemeinsam mit dem AWO Bundesverband und dem ISS Frankfurt auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag das Fachforum „Sorge, Umgang, Unterhalt: Die Quadratur des Kreises oder nur eine Frage der Perspektive?“. Zentral wurden Gelingensbedingungen für ein Aufwachsen in Wohlergehen für Kinder und Jugendliche nach Trennung und Scheidung identifiziert.

4. Fachtagung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“

Im Mai 2021 fand die digitale Fachtagung „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ von ZFF und dem AWO Bundesverband statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage, wie Konzepte für eine gute Vereinbarkeit aussehen können, und wie der Weg hin zu einer Gesellschaft beschritten werden kann, die die Sorge um Pflegedürftige als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift. Dabei waren sich die Referent*innen einig, dass es nachhaltige Regelungsinstrumente braucht und plädierten für die Einführung einer Lohnersatzleistung analog zur Elterngeld- bzw. Elternzeit-Regelung. Die umfangreiche Dokumentation der Tagung wurde im August 2021 veröffentlicht und kann als Druckexemplar bestellt werden.

5. Positionspapier „Familie braucht ein Zuhause. Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen!“

Bereits 2019 haben wir uns schwerpunktmäßig mit den Rahmenbedingungen für familienfreundliches Wohnen auseinandergesetzt und u. a. eine Fachtagung dazu durchgeführt. Das Thema haben wir weiterverfolgt und im Januar 2022 ein Positionspapier unter dem Titel „Familie braucht ein Zu-

hause. Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen!“ veröffentlicht. Im Rahmen der begleitenden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit berichtete die Tageszeitung *taz* ausführlich über die ZFF-Positionen. Das Positionspapier kann auf unserer Homepage heruntergeladen werden.

B. Innerverbandliche Weiterentwicklung

6. Mitgliederbetreuung

Das ZFF ist 75 Mitglieder stark. Sie profitieren u. a. durch den regelmäßigen Infodienst „ZFF-Info“, Mitgliederbriefe und die Möglichkeit der Vorstellung in der ZFF-Verbandszeitschrift sowie den fachlichen Austausch und die Beteiligung an Fachveranstaltungen.

7. Personalentwicklung

Der Einsatz für eine gute Politik für Familien gelingt nur mit einem gut ausgebildeten und tarifvertraglich bezahlten Team in der Geschäftsstelle. Mit Blick auf die immer größer werdende Lücke zwischen Personalkosten-Zuwendung aus dem BMFSFJ und der tarifvertraglich orientierten Bezahlung engagierte sich das ZFF gemeinsam mit weiteren Familienverbänden um eine Verbesserung der Finanzierung und erarbeitete die gemeinsame Forderung nach einer Dynamisierung der Zuwendung. Bislang ist dies noch nicht gelungen, so gehen die Anstrengungen auch in 2022 weiter.

Im Rahmen einer Elternzeitvertretung in 2021 konnte eine Expertin für verbandliche Kommunikation gewonnen werden, um im Bundestagswahljahr 2021 die Kampagnenarbeit des ZFF zu koordinieren sowie einen Twitter-Kanal aufzubauen.

8. Umbau der Website

Der Internetauftritt des ZFF unter www.zukunftsforum-familie.de wurde leicht überarbeitet. Es wurden Texte zu den Schwerpunkten Kinderarmut, Zeitpolitik und Vielfalt Familie überarbeitet und aktualisiert.

9. Eintragung im Lobbyregister

Seit Januar 2022 gilt das so genannte Lobbyregistergesetz. Das Lobbyregister wird beim Deutschen Bundestag geführt und ist unter www.bundestag.de/lobbyregister öffentlich zugänglich. Als Verband der gegenüber Bundestag und Bundesregierung Lobbyarbeit betreibt, ist das Zukunftsforum Familie im Register eingetragen, unter www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R000582/1586, Registernummer R000582.

C. Weitere Schwerpunkte der Arbeit

10. Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung

Die Erarbeitung von Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung sowie auf Landesebene gehört zu den Schwerpunkten der Arbeit des ZFF. Im Zuge der Erarbeitung tritt der Verband meist in den intensiven Austausch mit seinen Mitgliedern und sorgt so dafür, dass bundespolitische Vorhaben auf der Ebene der Praxis gegengeprüft werden.

Zu Reformvorschlägen zum Kinderkrankengeld äußerte sich das ZFF im Februar 2021 anlässlich einer öffentlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. "Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch klare Regelung des Freistellungs- und Entgeltfortzahlungsanspruches bei Erkrankung der Kinder" sowie zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Eltern mit kranken Kindern besser unterstützen - Lohnfortzahlungsanspruch und Kinderkrankengeld lebensnah reformieren".

Im Mai 2021 veröffentlichte das ZFF eine Stellungnahme zu einer öffentlichen Anhörung zum Neunten Familienbericht „Eltern sein in Deutschland – Ansprüche, Anforderungen und Angebote bei wachsender Vielfalt“.

Die Folgen der Corona-Pandemie für Familien beschäftigten das ZFF auch im Jahr 2021 weiter. Im Juni verfasste das ZFF eine Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung des vom Deutschen Bundestag eingesetzten Unterausschuss Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie zum Thema „Gesundheitliche und soziale Folgen der Pandemie“.

Einen Elternschutz nach Geburt des Kindes thematisierte das ZFF in der Stellungnahme zu einer öffentlichen Anhörung im Juni 2021 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Zehn Tage Elternschutz zusätzlich einführen“.

ZFF-Geschäftsführer Alexander Nöhring war als Sachverständiger in den Anhörungen zu den entsprechenden Gesetzentwürfen in verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages sowie den Landtag von Nordrhein-Westfalen geladen. Die Referentin Lisa Sommer vertrat das ZFF als Sachverständige im Familienausschuss anlässlich der Anhörung zum Neunten Familienbericht der Bundesregierung.

11. Austausch mit politischen Akteur*innen

Auch im Jahr 2021 stand das ZFF mit zahlreichen Akteur*innen von Politik und Verbänden im Austausch.

Rund um die Bundestagswahl im September 2021 stand das ZFF im Austausch mit Parteien, v.a. der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE, u. a. zur Entwicklung der Bundestagswahlprogramme.

Mitglieder des Deutschen Bundestages luden zu zahlreichen (überwiegend digitalen) Einzelgesprächen und Verbänderunden ein, so bspw. die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE., der FDP und der CDU. Auch mit der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Fraktionsreferent*innen stand das ZFF in regem Austausch.

Von zentralem Interesse waren dabei die Erfahrungen der Beratungsstellen und Einrichtungen, die sich vom ZFF auf Bundesebene verbandspolitisch vertreten lassen, mit den Regelungen der

Corona-Pandemie (u.a. Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, BuT-Regelungen), die Herausforderungen von Familien während der Corona-Krise, konzeptionelle Ideen zur Entwicklung einer Kindergrundsicherung sowie die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.

12. Regelmäßige Veröffentlichung des Newsletters „ZFF-Info“

Als zentrales Instrument der Mitgliederbindung sowie der Präsenz in der politischen und fachpolitischen Öffentlichkeit erschien der Newsletter „ZFF-Info“ im Jahr 2021 insgesamt 18 Mal. Dabei wurden aktuelle familienpolitische Entwicklungen zusammengefasst, teilweise kommentiert, Aktivitäten der Mitglieder vorgestellt sowie auf Fachveranstaltungen hingewiesen. Im Verteiler für den Newsletter befinden sich mittlerweile 938 Adressen.

13. Verbandszeitschrift „vielfalt familie“

Unter dem Motto „Zusammenhalten! Sorgearbeit sozial und geschlechtergerecht absichern“ begleitete das ZFF den Bundestagswahlkampf und analysierte in der Zeitschrift "vielfalt familie" die Wahlprogramme der einzelnen Parteien und ließ die familienpolitischen Sprecher*innen zu Wort kommen. Die Zeitschrift erschien digital und kann auf unserer Homepage heruntergeladen werden. Sie wurde an ausgewählte Akteur*innen versendet und gleichzeitig an einen E-Mail-Verteiler mit rund 1.175 Adressen.

14. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Um die thematischen und politischen Diskussionen und Einschätzungen einem breiten Adressatenkreis bekannt zu machen, wurden im Jahr 2021 insgesamt 35 Pressemitteilungen verschickt, die in regionaler und überregionaler Presse aufgenommen wurden.

ZFF-Geschäftsführer Alexander Nöhring wurde in verschiedenen Formaten zu Kinder- und Familienarmut in Deutschland interviewt, etwa im Podcast „SWR 2 – Wissen“ und in der Monatszeitschrift „OXI – Wirtschaft anders denken“.

Seit April 2021 sind wir unter @zff_amilie auf der social-media Plattform Twitter vertreten. Dabei kommentieren wir familienpolitische Entwicklungen und vernetzen uns mit Verbänden und anderen politischen Akteur*innen.

Wir haben uns in presseöffentlichen Aktionen rund um die Bundeswahl zu Wort gemeldet. So haben wir mit dem Ratschlag Kinderarmut eine gemeinsame Erklärung gegen Kinderarmut erneut veröffentlicht und im Nachgang der Bundestagswahl unter dem Hashtag #4JahreGegenKinderarmut eine social-media Kampagne durchgeführt.

Darüber hinaus beteiligte sich das ZFF am offenen Brief „Kinderrechte ins Grundgesetz – aber richtig! im April 2021.

D. Weitere Aktivitäten

15. Zusammenarbeit mit weiteren Akteur*innen

Das Zukunftsforum Familie wirkt in verschiedenen Gremien von Dachverbänden, Mitgliedsverbänden und Parteien mit, um seine Positionen in diese Foren zu tragen und in der gemeinsamen Diskussion mit anderen Verbandsvertreter*innen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen abzustimmen und weiterzuentwickeln.

In folgenden Gremien ist dies 2021 erfolgreich geschehen:

a. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (DV)

Das ZFF ist seit seiner Gründung in verschiedenen Gremien des DV vertreten, seit 2017 ist es auch eigenständiges Mitglied. Ziel der Teilnahme ist die Vermittlung eigener Positionen, die gemeinsame Diskussion von Gesetzesvorhaben und Themen im Kreis von (Familien-)Verbänden, Wissenschaft, Kommunal- und Ländervertreter*innen sowie die Vereinbarung gemeinsamer Strategien.

- Fachausschuss Jugend und Familie: In 2021 hat sich der Fachausschuss v.a. mit der Umsetzung der Reform der Kinder- und Jugendhilfe, der Personalsituation in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD), dem Gute-KiTa-Gesetz, den Leistungen zur Teilhabe nach SGB IX sowie der EU-Kindergarantie auseinandergesetzt.
- Arbeitskreis Familienpolitik: Im Berichtsjahr hat sich der AK u. a. mit folgenden Themen beschäftigt: Neunter Familienbericht der Bundesregierung, Bedeutung der EU Kindergarantie für Deutschland, Umsetzung des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche".

b. Arbeiterwohlfahrt (AWO)

- Fachausschuss Jugend und Bildung des AWO Bundesverbandes e. V.: In ihrer Funktion als AWO-Präsidiumsmitglied leitet die ZFF-Vorsitzende Britta Altenkamp den Ausschuss. Das ZFF wird hier darüber hinaus vertreten durch Birgit Merkel (stellv. ZFF-Vorsitzende) sowie Alexander Nöhring (Geschäftsführer). Der Fachausschuss hat im Berichtsjahr vier Mal getagt und sich v.a. mit der Vorbereitung der Bundeskonferenz der AWO (Juni 2021) befasst. Im Rahmen dessen hat das ZFF an Anträgen zum Thema Kinderarmut und Wohnen mitgearbeitet sowie zu den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Familienpolitik nach der Corona-Pandemie eigene Anträge eingereicht.
- Bundesausschuss: Birgit Merkel (stellvertretende Vorsitzende) nahm für das ZFF an den zwei Sitzungen des AWO-Bundesausschusses teil.

c. Bundesforum Familie

Im Berichtsjahr beendete das Bundesforum Familie seine zweijährigen Themenphase „Familie, Wohnen und kommunale Infrastruktur“. Anfang 2022 veröffentlichte es die Ergebnisse in einer Broschüre. Das ZFF engagiert sich weiter aktiv an dem Netzwerk und wurde durch die stellvertretende ZFF-Vorsitzende Birgit Merkel und die Referentin Lisa Sommer vertreten. Birgit Merkel arbeitete in der Arbeitsgruppe „Familien im Fokus kommunaler Infrastruktur: Beteiligung, Bedarfe und Angebote“ mit, Lisa Sommer unterstützte die Arbeitsgruppe „Gutes Wohnen für Familien: Eine Aufgabe für Staat und Zivilgesellschaft“.

d. Bündnis Kindergrundsicherung

Die intensive Arbeit des ZFF und des Bündnisses befasste sich im Jahr 2021 maßgeblich mit der Vorbereitung der Bundestagswahl. Gemeinsam mit dem DGB und weiteren großen Akteur*innen wurde die gemeinsame Erklärung „Eine für alle“ veröffentlicht. U.a. dieses führte zu weiteren Eintritten in das Bündnis, bspw. der Diakonie Deutschland, sodass das Bündnis Ende 2021 17 Mitglieder stark war.

Darüber hinaus berieten Mitglieder des Bündnisses unter starker Beteiligung des ZFF verschiedene Parteien bei der Erarbeitung ihrer Wahlprogramme.

Zur konzeptionellen Weiterentwicklung koordinierten das ZFF und die GEW (für das Bündnis) gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring (als Gast) einen gemeinsamen Diskussionsprozess zu den Schnittstellen zwischen Kindergrundsicherung und Ausbildungsförderung. Des Weiteren wurde intensiv die Schnittstelle zwischen Kindergrundsicherung und Unterhaltsrecht diskutiert.

Das ZFF hielt darüber hinaus auch im Jahr 2021 (überwiegend digital ausgestaltete) Vorträge zum Thema Kindergrundsicherung und Kinderarmut.

e. Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Auch in 2021 beteiligte sich das ZFF intensiv an den Diskussionen im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Im Zentrum stand dabei der Austausch zur Regelbedarfsermittlung, die Entwicklung von Bürgergeld und Kindergrundsicherung sowie das Moratorium der Sanktionen im SGB II.

f. Nationale Armutskonferenz (nak) / Ratschlag Kinderarmut

Das ZFF arbeitete auch in 2021 intensiv in den Gremien, der Delegiertenversammlung und der Delegation der AWO in der nak mit. Im Fokus stand dabei insbesondere der interne Organisationsentwicklungs-Prozess zur Neuaufstellung der Geschäftsordnung der nak. Nach einigen internen Auseinandersetzungen war dies notwendig geworden. Das ZFF beteiligte sich u.a. durch die Co-Leitung (gemeinsam mit dem Diözesan-Caritasverband Köln) dieses Prozesses sowie der Leitung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung einer neuen Geschäftsordnung. Zudem gelang es gemeinsam mit dem AWO Bundesverband einen Antrag mit Eckpunkten für eine neue Geschäftsordnung sowie eine Übergangsregelung zu entwickeln, der bei der Delegiertenversammlung im Dezember 2021 mehrheitlich beschlossen wurde.

g. Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“

Das ZFF engagiert sich weiter aktiv im Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis, an dem u. a. Frauenverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligt sind, hat zum Ziel, die geschlechtergerechte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu fördern. Im Berichtsjahr beteiligte sich die Referentin Lisa Sommer an regelmäßig stattfindenden Redaktionsgruppen-Sitzungen, bei denen u. a. Pressemitteilungen, Stellungnahmen und ein im November 2021 durchgeführtes Fachgespräch vorbereitet wurden. Das Bündnis wendet sich außerdem zu Beginn der Koalitionsverhandlungen an die verhandelnden Parteien mit Forderungen für eine faire Verteilung von Sorgearbeit. Im Februar 2022 veröffentlichte es eine ausführliche Stellungnahme zum Koalitionsvertrag.

16. Teilnahme an Veranstaltungen

Auch im Berichtsjahr hat das ZFF an zahlreichen Gesprächen, Tagungen und Konferenzen teilgenommen.

III. Aktivitäten im Januar/Februar 2022

In den ersten Monaten des Jahres 2022 hat das ZFF zu verschiedenen Schwerpunkten gearbeitet. Zentral bereiten wir unsere Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“ vor, die für den Herbst des Jahres geplant ist. Mit der Veranstaltung verbinden wir unsere 20 Jahre-Jubiläumsfeier, hier sind wir ebenfalls bereits in den Vorbereitungen. Daneben haben wir uns intensiv mit den familienpolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung beschäftigt und im Januar 2022 eine ausführliche Stellungnahme zum Koalitionsvertrag veröffentlicht.

Bis Ende Februar wurden umgesetzt:

- Vorbereitung der Fachtagung „Arbeitsmarkt und Familie: Wie können wir die Arbeitswelt familienfreundlich gestalten?“,
- Veröffentlichung einer Stellungnahme zu den familienpolitischen Vorhaben im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP,
- Veröffentlichung Positionspapier „Familie braucht ein Zuhause. Bezahlbaren und ausreichenden Wohnraum für Familien schaffen!“,
- regelmäßige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Form des ZFF-Newsletters und Pressemitteilungen,
- Bewertung des Koalitionsvertrags im „Bündnis Sorgearbeit fair teilen“,
- Und die Veröffentlichung von BAGFW, DGB und ZFF „Umfrageergebnisse und Lösungsvorschläge: Barrieren für die Inanspruchnahme des Kinderzuschlags abbauen“.

Darüber hinaus hat das ZFF an zahlreichen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen teilgenommen, so z. B. beim DV (Fachausschuss Jugend und Familie, AK Familienpolitik), in der nak und dem Bündnis „Sorge fair teilen“.

IV. Erfahrungen und Ergebnisse

Während der Corona-Krise wurde sehr deutlich, wie systemrelevant die familiäre wie berufliche Übernahme von Sorgearbeit ist. Im Jahr 2021 hat sich das Zukunftsforum Familie schwerpunktmäßig mit der Frage beschäftigt, wie Sorgearbeit sozial- und geschlechtergerecht gestaltet werden kann, etwa bei der Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf. Zu diesen Fragen wurde der Bundestagswahlkampf presseöffentlich begleitet und ZFF-Mitglieder sowie die Fachöffentlichkeit informiert. Daneben setzte es seine Arbeit zu den Themen „Kinderarmut“, „Zeitpolitik“ und „Partnerschaftlichkeit“ fort. Auch die Bündnis- und Netzwerkarbeit sowie die Interessensvertretung im politischen Raum wurden erfolgreich fortgeführt und intensiviert.

Die Zahl der Pressemitteilungen hat sich im Jahr 2021 erhöht.

Organisatorisch war das Jahr geprägt von der Arbeit unter den Bedingungen der Pandemie sowie einer Elternzeitvertretung im Team.

V. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Im Jahr 2021 hat das ZFF zu zahlreichen Themen Expertise neu aufgebaut und gleichzeitig an bisherigen Themen weitergearbeitet. Dabei wurde die Bündnisarbeit weiter intensiviert, was dem Verband nicht nur die Möglichkeit gibt, im Austausch zu lernen, sondern auch, gemeinsam mit anderen Verbänden, seine Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen.

Auf diese Bündnisarbeit konnte in 2022 vielfach gut aufgebaut werden. Weiter widmen wir uns intensiv der Ausgestaltung sozial- und geschlechtergerechter Rahmenbedingungen für die Übernahme von Sorgearbeit. Die Folgen der Corona-Pandemie und andere aktuelle Krisen verschärfen bestehende soziale Ungerechtigkeiten in und zwischen Familien. Wir werden politische Unterstützungsmaßnahmen und insbesondere die geplanten Reformen in der monetären Familienförderung weiter kritisch begleiten und prüfen, inwiefern sie Kinder- und Familienarmut nachhaltig überwinden können. Insbesondere die nun endlich beginnende Arbeit an der Entwicklung einer Kindergrundsicherung ist für uns als ZFF zum einen Bestätigung langjähriger hartnäckiger Arbeit sowie zum anderen Auftrag darauf zu achten, dass am Ende auch wirklich sozial gerechte Reformen umgesetzt werden.

Im Jahr unseres 20-jährigen Bestehens werden wir diese Themen zu unserer Jubiläumsfeier und der anschließenden Fachtagung aufgreifen.